

**WINDENERGIE:** Hüttenfelder Ortsbeirat schließt sich der Kritik vieler besorgter Bürger an / Anträge an den Magistrat

## Der Widerstand wird stärker

Von unserem Redaktionsmitglied Uwe Rauschelbach

**LAMPERTHEIM/HÜTTENFELD.** Gegen die geplante Windkraftanlage auf dem Gelände der ehemaligen Mülldeponie bei Hüttenfeld wird der Widerstand immer stärker. Auch die Fraktionen im Ortsbeirat des Stadtteils gingen in der jüngsten Sitzung auf Distanz zu den Absichten des Zweckverbands Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße (ZAKB).

Den Anträgen der SPD zur Windkraft auf der Deponie schlossen sich sämtliche Fraktionen an. Einen Dissens gab es lediglich in der Frage, ob die Anträge an den Magistrat geleitet oder - zwecks größerer Wirkung - nicht besser in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden sollten. Der Ortsbeirat entschied sich mehrheitlich für die Magistrats-Variante.

In den Anträgen fordert das Gremium direkte Windmessungen auf dem Gelände, um reelle Aufschlüsse über Windstärke und Erträge zu erhalten. Auch bestehen die Ortsbeiräte auf Baugrund- und Standsicherheitsgutachten. Befürchtet werden auch Grundwasserrisiken, die es zuvor abzuwägen gelte. Wie SPD-Fraktionsmitglied Karl-Heinz Berg, der den erkrankten Ortsvorsteher Walter Schmitt vertrat, bekanntgab, wolle der ZAKB den Antrag zur Errichtung einer Windenergieanlage kommende Woche einreichen.

Erster Stadtrat Jens Klingler hatte im Ortsbeirat indes Mühe, die unterschiedlichen Positionen von Stadt und ZAKB in Bezug auf das Energieprojekt zu verdeutlichen. Nicht die Stadt, sondern der Zweckverband sei für die Planungen auf dem Deponiegelände verantwortlich, unterstrich Klingler. Die Stadt habe auch als Verpächterin des Geländes nur einen geringen Einfluss auf die Planungen. Allerdings bezog sich Klingler auf einen mehrheitlichen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, wonach der Ausbau von Windenergie auf dem Deponiegelände grundsätzlich möglich sei.

Der Erste Stadtrat verwies auch auf die Rolle des Regierungspräsidiums, das in seiner Eigenschaft als Genehmigungsbehörde und Fachaufsicht ein doppeltes Interesse daran habe, dass die Einrichtung einer Windkraftanlage auf dem Gelände den Erfordernissen der Sicherheit und des Naturschutzes genüge. Klingler verwies ferner auf die Aussage des Verbandsvorsitzenden Thomas Metz, eine Bürgerinformationsveranstaltung einzuberufen. Einen Termin werde es aber frühestens im Herbst geben.

### **Kritik: späte Bürgerveranstaltung**

Dies erregte Anstoß im Auditorium, wo sich viele Hüttenfelder Bürger versammelt hatten. Der Sprecher der Bürgerinitiative "Gegenwind", Hartfrid Golf, bemängelte den späten Termin für die Bürgerinformationsveranstaltung. Bis Herbst sei das Genehmigungsverfahren voraussichtlich abgeschlossen. Golf äußerte auch die Vermutung, in den 1980er Jahren seien auf der Deponie Giftfässer abgelagert worden. Diese stellten eine Gefahr fürs Grundwasser dar, die sich durch den Bau von Windkraftanlagen noch vergrößere. Ein Bewohner, der nach eigenen Angaben auf der Deponie gearbeitet hat, berichtete, auch die Klärschlämme des Kreises seien auf die Deponie gebracht worden. In einer Tiefe von zwei Metern herrschten Temperaturen von knapp 100 Grad. "Da dampft es", meinte er. "Ich habe dort gearbeitet. Ich weiß alles", sagte der Mann.

In einer weiteren Wortmeldung wurde vermutet, die Stadt verschanze sich hinter dem Regierungspräsidium, anstatt als Eigentümerin des Geländes ihren Einfluss auf die ZAKB-Planungen geltend zu machen. Der Vorsitzende des Vereins "Pro Hüttenfeld", Werner Gaab, formulierte offene Fragen im Blick auf die Finanzierung des Energieprojekts. Als Körperschaft des öffentlichen Rechts dürfe der ZAKB gar keine Gewinne schreiben, meinte Gaab.

Schließlich musste sich Jens Klingler, der für die SPD bei der Bürgermeisterwahl antritt, fragen lassen, ob er

als Mitglied der Verbandsversammlung des ZAKB die Interessen Hüttenfelds oder des Zweckverbands vertrete. Klingler erklärte, er mache seine Überzeugungen alleine von der Beantwortung der noch offenen Fragen, vor allem von den noch zu erwartenden Ergebnissen aus den Gutachten, abhängig.

© Südhessen Morgen, Donnerstag, 13.06.2013